

Petitionsausschuss: Vom Augarten bis zum Schutz von Fließgewässern Abgeordnete befassen sich mit Bürgeranliegen =

Wien (PK) – Der Petitionsausschuss des Nationalrats befasste sich auch in seiner heutigen Sitzung wieder mit einer Reihe von Bürgeranliegen. Die Themenpalette reichte vom geplanten Konzertsaal für die Wiener Sängerknaben im Augarten und den Schutz von Fließgewässern über die Reform des Pensionskassengesetzes bis hin zu Fragen des Tierschutzes. Außerdem lagen dem Ausschuss erneut zahlreiche Petitionen und Bürgerinitiativen zu verschiedenen regionalen Verkehrsprojekten vor. Zu den einzelnen Anliegen werden nun, sofern sie nicht ohnehin schon vorliegen, Stellungnahmen der verantwortlichen Ministerien bzw. anderer zuständiger Stellen eingeholt. Über insgesamt sieben Petitionen und Bürgerinitiativen wurden die Beratungen abgeschlossen und ein Sammelbericht zur Vorlage an den Nationalrat in Aussicht genommen.

Der Petitionsausschuss einigte sich außerdem darauf, in seiner nächsten Sitzung gemeinsam mit der Volksanwaltschaft darüber zu diskutieren, wie die Arbeit des Ausschusses im Sinne der BürgerInnen verbessert werden könnte. Es gehe darum, den BürgerInnen den Zugang zum Ausschuss zu erleichtern, hob Ausschussvorsitzende Ursula Haubner hervor. Ihr zufolge soll der Rechtsdienst des Parlaments bis zur nächsten Sitzung diesbezügliche Möglichkeiten prüfen. Sie selbst kann sich etwa nach dem Vorbild Deutschlands die Auflage "öffentlicher Petitionen" vorstellen. Dabei werden die BürgerInnen aktiv eingeladen, sich auf elektronischem Weg an einer Petition zu beteiligen, und das Anliegen bei großem Zuspruch in einer öffentlichen Sitzung des Ausschusses mit dem zuständigen Regierungsmitglied diskutiert.

Auf inhaltlicher Ebene wandten sich die Abgeordneten zunächst einer Petition zu, die unter dem Titel "Flüsse voller Leben" darauf drängt, die letzten naturnahen Flüsse und Bäche in Österreich nicht mit Kraftwerken zu verbauen und so zu zerstören. Abgeordneter Günther Kräuter (S) wies darauf hin, dass angesichts aktueller Kraftwerkspläne dringender Handlungsbedarf bestehe und wurde dabei insbesondere auch von den Grünen und vom BZÖ unterstützt. In manchen Gebieten sei ein Kraftwerksbau aus ökologischen Gründen einfach nicht möglich und mache auch ökonomisch keinen Sinn, zeigte sich etwa Abgeordnete Christiane

Brunner (G) überzeugt. Sie sieht es in diesem Zusammenhang als einen großen Mangel an, dass der österreichische Gewässerbewirtschaftungsplan keine "no-go-areas" enthält. Abgeordneter Wolfgang Spadiut (B) bekräftigte die ablehnende Haltung seiner Partei gegen einen unkontrollierten Ausbau der Wasserkraft.

Kein Verständnis für die Anliegen des WWF und der anderen Initiatoren der Petition zeigte hingegen FPÖ-Abgeordnete Susanne Winter. Sie trat definitiv für einen Ausbau der Wasserkraft ein und machte geltend, dass es zu herkömmlichen Kraftwerken verschiedene naturnahe Alternativen wie Strombojen oder Wasserwirbelkraftwerke gebe. Seitens der ÖVP hob Abgeordnete Anna Höllner (V) die Notwendigkeit des Schutzes von Fließwasserstrecken hervor und verwies auf die Sensibilität des Themas.

Die Abgeordneten einigten sich darauf, zunächst einmal Stellungnahmen des Umweltministeriums und des Wirtschaftsministeriums einzuholen.

Eine umfassende Diskussion im Ausschuss löste eine Petition aus, die sich einen Stopp der Verbauung des Augartens zum Ziel gesetzt hat. Während sich die Grünen ausdrücklich hinter das Anliegen der Petition stellten und die Missachtung von Anraineranliegen beim geplanten Bau eines Konzertsaals für die Wiener Sängerknaben kritisierten, sprach Abgeordnete Katharina Cortolezis-Schlager (V) von bewussten Fehlinformationen, durch die sich die BürgerInnen zunehmend "belästigt" fühlten. Es habe ein umfangreiches Genehmigungsverfahren für das Projekt gegeben und auch die Volksanwaltschaft habe keine behördlichen Fehler feststellen können, betonte sie. Die einzigen, die das Recht nicht einhalten würden, seien die Besetzer des Bauplatzes selbst. Cortolezis-Schlager machte überdies geltend, dass die Grünen ein anderes Projekt am selben Platz unterstützt hätten.

Dem gegenüber brachte Abgeordneter Wolfgang Zinggl (G) vor, dass bei der Genehmigung des Projekts Bestimmungen des Denkmalschutzes, des Wasserrechts und des Naturschutzes verletzt worden seien. Er zeigte zudem kein Verständnis dafür, dass den Wiener Sängerknaben 2.000 Quadratmeter öffentlicher, denkmalgeschützter Grund dauerhaft zu einem "Niedrigstpreis" vermietet werden sollten. Niemand besetze einen Bauplatz "aus Jux

und Tollerei", stimmte auch sein Fraktionskollege Wolfgang Pirkhuber in die Kritik ein.

Abgeordneter Wolfgang Spadiut (B) und Abgeordnete Susanne Winter (F) forderten ebenfalls die Aufklärung des Sachverhalts. Winter schloss sich inhaltlich zwar weitgehend den Ausführungen von Cortolezis-Schlager an, meinte aber, man müsse auch den Gegnern des Projekts die Möglichkeit zur Stellungnahme einräumen. Abgeordnete Rosa Lohfeyer (S) wies darauf hin, dass der Bau vom Bundesdenkmalamt bewilligt worden sei und kein Rechtsmittel gegen die Entscheidung eingebracht wurde.

Der Petitionsausschuss ersucht nun das Wirtschaftsministerium, eine Stellungnahme zur Petition abzugeben. Mit ihrer Forderung, auch das Kulturministerium, den Verfassungsdienst des Bundeskanzleramts, die Volksanwaltschaft, das Bundesdenkmalamt, die Wiener Sängerknaben und die Projektgegner um Stellungnahmen zu ersuchen, konnten sich die Grünen nicht durchsetzen.

Mehrere Petitionen bzw. Bürgerinitiativen lagen dem Ausschuss zum Bereich Landwirtschaft und Tierschutz vor. Im Konkreten ging es etwa um ein Importverbot für gentechnisch veränderte Futtermittel, einen Stopp von Langstrecken-Tiertransporten und eine Verbesserung des Tierschutzes im Bereich der Schweinezucht.

Abgeordnete Anna Höllerer (V) wies in diesem Zusammenhang unter anderem darauf hin, dass es in Österreich nicht genügend Anbauflächen für Eiweiß-Futtermittel gebe. Im Bereich der Schweinehaltung wird ihrer Darstellung nach an einer Verbesserung der Tierschutzbestimmungen gearbeitet, aus ökonomischen Gründen erachtet sie aber Gesetzesänderungen ohne Übergangsbestimmungen für nicht machbar. Was die Tiertransporte betrifft, hat Österreich laut Höllerer ein "sehr gutes Gesetz" und führe auch umfangreiche Kontrollen durch, sie sieht aber keine Möglichkeit, die Frage der Langstrecken-Tiertransporte auf nationaler Ebene zu lösen.

Dem gegenüber wandte die Opposition ein, dass es auf den österreichischen Straßen viel zu selten Kontrollen gebe und die Strafen viel zu gering seien. Österreich könnte bei den Tiertransporten eine Vorreiterrolle in Europa einnehmen, mache das aber nicht, kritisierte etwa Abgeordneter Bernhard Vock (F).

Auf verbreitete Skepsis stieß eine Bürgerinitiative betreffend die Gründung einer eigenen Kammer für Gesundheits- und Krankenpflegeberufe. Abgeordneter Johann Hechtel (S) stellte die Sinnhaftigkeit einer solchen Kammer in Frage und machte geltend, dass es mit der Arbeiterkammer bereits eine starke Interessenvertretung für die genannten Berufe gebe. Auch Abgeordneter Wolfgang Spadiut (B) und Abgeordneter Bernhard Vock (F) standen einer neuen Kammer mit Zwangsmitgliedschaft ablehnend gegenüber. Abgeordneter Wolfgang Pirkhuber (G) und Abgeordnete Anna Höllner (V) gaben allerdings zu bedenken, dass von den Betroffenen offenbar gewisse Defizite beim Vertreten ihrer Anliegen wahrgenommen würden und verwiesen auf die "erkeckliche" Zahl von Unterschriften.

Vom Ausschuss abgeschlossen wurden die Beratungen über eine Petition betreffend Reform des Pensionskassengesetzes. Abgeordnete Gertrude Aubauer (V) machte darauf aufmerksam, dass intensive Verhandlungen über ein neues Pensionskassengesetz liefen und damit eine Fortführung der Diskussion sichergestellt sei. Die zweite Pensionssäule müsse auf ein stabiles und tragfähiges Fundament gestellt werden, forderte sie. Auch Abgeordneter Wolfgang Pirkhuber (G) und Ausschussvorsitzende Ursula Haubner (B) verwiesen auf die Bedeutung eines transparenten, nachvollziehbaren und sicheren Systems. Ihr Vorschlag, ExpertInnen des Sozial- und des Finanzministeriums in den Ausschuss zu laden, fand aber keine Mehrheit.

Im Verkehrsbereich ging es unter anderem um die - mittlerweile ausgesetzte - Schließung der Autobahnmeisterei Haag, die Beseitigung von Tempolimit 50 auf der B14 zwischen Donauwarte und Kahlenbergerdorf, Lärmschutzmaßnahmen entlang der Autobahn im Bereich der Tiroler Gemeinde Pettnau, den Bau einer Straßenbahn nach Schwechat und den Vollausbau der Weinviertler Schnellstraße S 3.

Die gesamten Beschlüsse des Petitionsausschusses siehe Website des Parlaments (www.parlament.gv.at), Menüpunkt Parlamentarisches Geschehen, Pressedienst. (Schluss)

Eine Aussendung der Parlamentskorrespondenz
Tel. +43 1 40110/2272, Fax. +43 1 40110/2640
e-Mail: pk@parlament.gv.at, Internet: <http://www.parlament.gv.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/172/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0284 2010-06-29/16:06

291606 Jun 10

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20100629_OTS0284